Nummer 186 — 27. Jahrgang

Erscheint 6mal wöchentl. mit den Illustr. Gratisbeilagen „Die Welt" und „Für unsere kleinen Leute", sowie den Textbeilagen „Sächs. Sonntags-Blatt", „Unterhaltung und Wissen", „Die Welt der Frau", „Kerzlicher Ratgeber", „Das gute Buch", „Filmrundschau". Monatlicher Bezugspreis 3 Mk. einschl. Bestellgeld. Einzelnummer 10 ₰. Sonnabend- u. Sonntagnummer 20 ₰.
Hauptschriftleiter: Dr. G. Dedezyk, Dresden.

Sächsische Volkszeitung

Freitag, den 17. August 1928
Verlagsort: Dresden

Anzeigenpreise: Die 1gespaltene Petitzeile 30 ₰, Familienanzeigen u. Stellengesuche 20 ₰. Die Petitreklamezeile, 69 mm breit, 1 ℳ. Für Anzeigen außerhalb des Verbreitungsgebietes 40 ₰, die Petitreklamezeile 1,30 ℳ. Offertengeb. 20 ₰. Im Falle höherer Gewalt erlischt jede Verpflichtung auf Lieferung sowie Erfüllung v. Anzeigen-Aufträgen u. Leistung v. Schadenersatz.
Geschäftlicher Teil: Artur Lenz, Dresden.

Geschäftsstelle, Druck u. Verlag: Germania, A.-G. für Verlag und Druckerei, Filiale Dresden, Dresden-A. 1, Pillnitzer Straße 17. Fernruf 21012. Postscheckkonto Dresden 5701. Bankkonto: Stadtbank Dresden Nr. 61719

Für christliche Politik und Kultur

Redaktion der Sächsischen Volkszeitung Dresden-Altstadt 1, Pillnitzer Straße 17. Fernruf 20711 und 21012.

Erledigte Zwischenfälle

Die Flaggen-Affäre bereinigt — Kriminalkommissar Bauer freigelassen

Paris, 16. August.

Die Besprechungen, die der deutsche Botschafter in Paris zwecks endgültiger Beilegung des Zweibrückener Zwischenfalls während der letzten Tage mit dem französischen Außenministerium gehabt hat, haben zu einer für beide Seiten befriedigenden Beilegung geführt. Auf Grund dieser Einigung wird die ursprünglich ausgesprochene Forderung auf Auslieferung der Beschuldigten keine Rolle mehr spielen.

Wie wir erfahren, haben die Besprechungen über die Beilegung des Zweibrückener Zwischenfalls auch dazu geführt, daß die Franzosen sich bereit erklärt haben, den Polizeikommissar Bauer, der im Mittelpunkt der Angelegenheit steht, aus der Haft zu entlassen.

Die Rheinlandmanöver

London, 14. August.

Der Pariser Korrespondent des „Manchester Guardian" schreibt zu der Teilnahme eines britischen Kavallerieregiments an den französischen Manövern: Es ist vielleicht gut, darauf hinzuweisen, daß es sich bei den geplanten englisch-französischen Uebungen im Rheinland nicht bloß um Manöver der französischen Besatzungsstreitkräfte handelt, sondern um die jährlichen Manöver der französischen Armee, an denen außer den Rheinlandtruppen mehrere Armeekorps entlang der Ostgrenze teilnehmen werden. Wenn die Meldungen verschiedener Korrespondenten französischer Blätter, daß das britische Foreign Office seine Zustimmung gegeben hat, richtig sind, dann ist es klar, daß es sich nicht nur um einen Ausdruck militärischer Kameradschaft von an Ort und Stelle befindlichen Soldaten handelt, sondern um eine politische Angelegenheit, deren Bedeutung mindestens auf französischer Seite begriffen wird, und die zwischen beiden Regierungen durch die üblichen diplomatischen Kanäle vereinbart wurde.

Vorläufig kein Erweiterungsbau des Rüsselsheimer Bahnhofs

Wie von zuständiger Stelle verlautet, hat sich die Botschafterkonferenz mit dem geplanten Erweiterungbau des Rüsselsheimer Bahnhofes beschäftigt, der von der Besatzungsbehörde verboten worden war. Mit Rücksicht auf die gegenwärtige Lage im besetzten Gebiet hat die Botschafterkonferenz beschlossen, eine Entscheidung über die Genehmigung vorläufig hinauszuschieben. Inzwischen hat sich der Gewerkschaftsausschuß der besetzten Gebiete an die Reichsregierung gewandt und sie ersucht, die Aufhebung des Verbotes auf diplomatischem Wege zu erwirken.

Eine peinliche Frage an den Völkerbund

Costarica wünscht Auslegung der Monroedoktrin.

Genf, 15. August.

Im Völkerbundssekretariat ist die Antwort der Regierung von Costarica auf die Aufforderung, die Mitarbeit im Völkerbund wieder aufzunehmen, soeben eingelaufen. In dem Antwortschreiben wird erklärt, **bevor die Regierung von Costarica zu der Aufforderung Stellung nehmen könne, wünsche sie zu wissen, wie der Völkerbund die Monroedoktrin auslege und welche Tragweite der Doktrin eingeräumt worden sei, als sie seinerzeit in dem Artikel 29 des Völkerbundspaktes aufgenommen wurde.** Die Monroedoktrin stelle bisher lediglich eine einseitige Erklärung dar. Der Hinweis im Völkerbundspakt, die Doktrin sei eine regionale Entente, könne nicht als genügend angesehen werden. Im Hinblick darauf müsse die Regierung von Costarica vor der Entscheidung über ihre Rückkehr in den Völkerbund das amtliche Ersuchen an diesen richten, eine genaue Auslegung über die Monroedoktrin zu geben.

Der Völkerbund steht nunmehr genau vor der gleichen Frage, die während der Versailler Friedenskonferenz eingehend erörtert, aber nicht endgültig gelöst werden konnte. Es muß erst stark bezweifelt werden, ob der Völkerbund heute in der Lage sein wird, eine endgültige Auslegung für die Monroedoktrin zu geben, ohne sich hierbei in den schärfsten Gegensatz entweder zu der Washingtoner Regierung oder zu den lateinamerikanischen Staaten zu setzen.

Der peinliche Panzerkreuzer

Fraktion und Partei-Ausschuß der Sozialdemokratie auf Antrag sächsischer Abgeordneter einberufen

Berlin, 16. August.

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands hat gestern in gemeinsamer Sitzung mit dem Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion beschlossen, die Fraktion und den Parteiausschuß auf den Sonnabend einzuberufen. Außer der Panzerschiffangelegenheit wird die Krisenfürsorge besprochen werden. Aus sozialdemokratischen Kreisen wird bestätigt, daß die Einberufung auf den Schritt zurückgeht, den u. a. die sächsischen Abgeordneten Aufhäuser und Toni Sender unternommen haben, um eine Klärung in diesen Fragen herbeizuführen. In der gestrigen Sitzung wurde noch folgende Entschließung angenommen:

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und der Reichstagsfraktion bedauert lebhaft, daß die sozialdemokratischen Minister nicht die Möglichkeit gefunden haben, in der Kabinettssitzung durch Abstimmung klar zum Ausdruck zu bringen, daß sie in Uebereinstimmung mit der Gesamtpartei weder Gegner des Baues des Panzerkreuzers A sind, sich vielmehr auf formalrechtliche Argumente gestützt haben.

*

Die Aktion der sächsischen SPD.-Abgeordneten hat also Erfolg gehabt; Reichstagsfraktion und Reichspartei-Ausschuß der Sozialdemokratie werden sich mit der Panzerkreuzer-Entscheidung befassen. Ob freilich das Ergebnis dieser Beratung nach den Wünschen der sächsischen Genossen ausfallen wird? Wir sollten uns sehr täuschen, wenn nicht das Ergebnis der Fraktionsberatung eine ähnliche Entschließung sein sollte wie jene, die gestern der Parteivorstand der SPD. gefaßt hat. Tatsächlich läßt sich ja heute an dem Beschlusse des Reichskabinetts nichts mehr ändern. In diesem Reichskabinett haben die Sozialdemokraten die Mehrheit. Die Verantwortung für den Bau des Panzerkreuzers wird ihnen also niemand abnehmen.

Der „Vorwärts" windet sich

Auch der „Vorwärts" (Nr. 383) stellt nunmehr die tiefgehende Erregung fest, die der Beschluß des Reichskabinetts, den Panzerkreuzer A zu bauen, in den Reihen der Sozialdemokratie ausgelöst hat. Dem „Vorwärts" ist die Sache sichtlich unangenehm. Er schreibt:

„Uns scheint der Hauptgrund für die entstandenen Widersprüche im Beschluß des Reichsrats zu liegen und in der falschen Auslegung, die er gefunden hat. Bisher war man ziemlich allgemein des Glaubens, daß der Reichsratsbeschluß vom 31. März die endgültige Entscheidung in die Hände des neuen Kabinetts und des neuen Reichstags gelegt habe. Das hat sich nun als falsch herausgestellt. Auf dieser falschen Auslassung aber basierte die Haltung, die die Partei während des Wahlkampfes in der Frage des Panzerschiffsbaus einnahm. Der Kampf wurde — in bestem Glauben — so geführt, als ob er noch zu gewinnen wäre, während er, wie erst später klar wurde, seit der Zurücknahme des Reichsratseinspruchs schon so gut wie verloren war. Hätte der Reichsrat seinen unklaren, am staatsrechtlichen Stand der Dinge nicht mehr ändernden Beschluß nicht gefaßt, so hätten wir eine klarere Lage gehabt, und uns wären Illusionen erspart geblieben, die sich jetzt als unhaltbar herausgestellt haben."

Zum Schlusse stellt der „Vorwärts" fest, daß es für die sozialdemokratischen Minister nur zweierlei gab: Entweder das Schiff wurde gebaut, und sie blieben, oder das Schiff wurde gebaut, und sie gingen. Sie seien geblieben und würden dies durch künftige Leistungen zu rechtfertigen haben.

Nero und die Christen

Es fällt in vielen Kreisen auf, daß der „Osservatore Romano" seit zehn Tagen täglich fast die ganze erste Seite einem ausgedehnten Nachrichtendienst aus den Vereinigten Staaten über die mexikanischen Ereignisse und besonders der Untersuchung wegen de Ermordung des Präsidentschaftsanwärters Obregon widmet. Diese Berichterstattung aus Amerika ist vom zeitungstechnischen und journalistischen Standpunkt aus ein Ereignis. Eingeweihte versichern, daß es die amerikanische „Catholic Welfare Society" ist, die das vatikanische Organ ohne Rücksicht auf die Spesen informiert, die täglich Zehntausende von Dollars erreichen dürften.

Was aber Fernerstehenden noch mehr auffällt, ist, daß das sonst recht zurückhaltende vatikanische Blatt zu direkten Anschuldigungen gegen den heute noch amtierenden Präsidenten Mexikos, Calles, übergeht. An der Spitze der letzten Nummer ist schon in der Ueberschrift ausgesprochen, daß Calles an dem Tode Obregons nicht ganz uninteressiert und in gewissem Sinne Mitschuldiger gewesen sei.

Mehrere italienische Blätter erklären, es sei ganz und gar ausgeschlossen, daß jemals eine Verständigung zwischen dem Vatikan und Calles erfolgen könne, nachdem ein derartiger Feldzug gegen ihn in Szene gesetzt sei. Der „Osservatore Romano" wisse das ganz gut, und darum sei sein Verhalten recht bezeichnend. Die Informationen des „Osservatore Romano" sind derart neu, daß sie aus Italien sogar nach den Vereinigten Staaten zurücktelegraphiert werden.

„Osservatore Romano" tritt an Hand von erdrückendem Beweismaterial mit der offenen Beschuldigung hervor, General Obregon fiel einer Verschwörung der Laburisten-, d. i. Kommunistenpartei zum Opfer, und diese Kommunistenverschwörung wurde nachher in ein Katholikenkomplott umgelogen.

„Die Laburisten hatten aus Gründen, die wir schon mehrmals dargelegt haben, und auf die wir heute wieder zurückkommen, beschlossen, die Präsidentschaft des Generals Obregon zu verhindern. Die Wahlen, von denen man in der ganzen Welt glaubte, sie seien ruhig und in voller Eintracht der Bürger verlaufen, verliefen in Wirklichkeit unter unerhörten Gewalttaten, die sich zwischen der Opposition des Louis Morones (des kommunistischen Arbeitsministers, Anm. d. Red.) undden Anhängern des Generals Obregon abspielten, die entschlossen waren, den harten Kampf zu gewinnen, koste es, was es wolle. Der Kampf war tatsächlich gewonnen, bevor der Wahltag anbrach. Er brachte nämlich eine Komödie: es kamen zu den Urnen im ganzen Staat nur 100000 Wähler, die alle für Obregon stimmten. Die Oppositionspartei hatte offensichtlich auf die Waffe der Abstimmung verzichtet, nachdem sie sich die Feuerwaffen vorbereitet hatte.

Entsprechend den Ueberlieferungen, die die Laburisten wiederholt in politischen und religiösen Verfolgungen befolgt hatten, blieb ihnen nichts übrig, als den Gegner auszulöschen. Das war der Anfang; dazu kam bald die Ausführung. Am Ruder waren die Gegner Obregons; ihre Ideen, ihre Reformen, ihre eifrige Verteidigung der Revolution, die Obregon „verraten" hatte, schlossen offensichtlich Gedanken, Programm und Person des Präsidenten ein. Es war notwendig zu handeln, aber die Klugheit verlangte, daß man ein Alibi suche und finde. Das weitere war so leicht getan als gesagt.

Schon für das Attentat im November, das in jeder Beziehung dem vom Juli gleicht, hatte man die Katholiken verantwortlich gemacht und ohne Prozeß vier Männer mit P. Pro an der Spitze erschossen." Der „Osservatore Romano" erinnert daran, wie deren Schuld durch nichts, ihre Unschuld aber durch viele Zeugnisse bewiesen wurde, wie die Lüge, der P. Pro zum Opfer fiel, kläglich zusammenbrach, und fährt dann fort:

„Es war notwendig, klüger vorzugehen, Tresso und Castros, die als Anhänger der Laburisten bekannt sind und schon im Verborgenen, genau gesagt, in den Automobilen blieben, die von den Reportern des „Exzelsior" beim Hotel im Augenblick gesehen wurden, wo Obregon fiel, setzten sich als Ziel, ihren Mann auszuspüren; der Mord mußte aber in richtiger katholischer oder wenigstens neutraler Aufmachung vollbracht werden, von einem Werkzeug der Verschwörung, von einem Blitzableiter, der die Blitze auf sich zieht, um die anderen zu retten. Und dieser José de Leon-Toral, ein Karikaturist, ein überspannter Mensch, ein Halbnarr, wie ihn der Generalstaatsanwalt nennt, er ist verwandt mit einem Geistlichen!

Das war der erste Schritt. Der zweite hieß: Ordenspersonen belasten, als ob sie die Tat angestiftet hätten, wenn auf dieser passiven Gestalt im Vordergrund die Lichter der sozialistischen Verschwörung zur Linken aufblitzten. Also, Toral hat Verwandte im katholischen Lager, er ist harmlos, gut und sanft, kann reden und reden lassen. Aber mit den Priestern ist es schwer, zu einem Ziel zu gelangen. Das geht nicht so unter